

Arbeitskreis Hallesche Auenwälder zu Halle/Saale e.V.
Große Klausstraße 11 • 06108 Halle (Saale)



Große Klausstraße 11
06108 Halle (Saale)

AHA fordert endlich Einrichtung von Umweltzonen in Halle

Seit dem 1. Januar 2005 gelten europaweit Grenzwerte für Feinstaub. Als Grenzwerte für Feinstaub der Korngröße kleiner als 10 Mikrometer (PM10) sind ein Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) und ein Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm/ m^3 festgelegt. Der Tagesmittelwert darf an nicht mehr als 35 Tagen pro Kalenderjahr überschritten werden. Zahlreiche deutsche Städte liegen jedoch teilweise deutlich über dieser tolerierten Anzahl der Überschreitungen. Dazu zählen u.a. auch die Städte Halle, Magdeburg und Leipzig.

Da der Kfz-Verkehr zur Belastung der Luft mit Feinstaub in Innenstädten besonders stark beiträgt, richten zahlreiche deutsche Städte Umweltzonen mit dem Ziel ein, die Luftqualität in diesen Zonen zu verbessern und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Nunmehr die Einrichtung von Umweltzonen in Halle damit zu verknüpfen, dass die Bundesautobahn (BAB) 143 durch das wertvolle Saaletal bis zur BAB 14 und die Osttangente bis zur B 100 verlängert werden, zeugt von Unverständnis des Sinns von Umweltzonen. Es ist nach Ansicht des Arbeitskreises Hallesche Auenwälder zu Halle (Saale) e.V. (AHA) inakzeptabel, die Luft- und Feinstaubbelastungen in das Umfeld zu verlagern. Abgesehen davon, dass die Zerschneidung und Versiegelung weiteren Bodens zu Erhöhung der Hochwassergefahr, der Vernichtung bestehender bzw. potentieller Lebens- und Rückzugsräume für Fauna und Flora dient sowie Verlärmung nicht unterbunden, sondern nur eine Verlagerung ins Umland erfahren.

Nach Auffassung des Arbeitskreises Hallesche Auenwälder zu Halle (Saale) e.V. reicht die Einrichtung von Umweltzonen nicht aus, um den Ausstoß und die Belastung mit Feinstaub, aber auch mit Abgasen und Lärm zu mindern, aber es ist ein wichtiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung. Es gilt zudem nun endlich eine Veränderung der gesamten Verkehrs-, Siedlungs- und Umweltpolitik auf allen Ebenen herbei zu führen. Das bedeutet u.a. Minderung von Transporten, verstärkte Nutzung des Schienennetzes und des Öffentlichen Personennahverkehrs. Dies eng mit einer Erhöhung der strukturellen, technischen und finanziellen Attraktivität des Schienennetzes und des Öffentlichen Personennahverkehrs verbunden. Aber auch notwendige Einschränkungen für den Motorisierten Individualverkehrs und des Produktentransportes auf Autobahnen und Straßen gehören dazu.

Die Einrichtung von Umweltzonen ist dafür ein wichtiger Anfang.

Halle (Saale), den 16.01.2011

Andreas Liste
Vorsitzender